

# Blau Licht

Nr. 60 - Dezember 2018

Das unabhängige Fachmagazin von Exekutivbeamten für die Exekutive in Österreich

**FGÖ**  
Freie Gewerkschaft  
Österreichs

**FEG**  
Freie Exekutiv  
Gewerkschaft

**20<sup>th</sup>**  
**ANNIVERSARY**

**1998 - 2018**

# INHALT

**03 VORWORT**  
des Bundessektionsvorsitzenden Reinhold Maier

**07 UNTER UNS GESAGT ...**  
NAbg. Werner Herbert über die neue Bundesregierung

**08 BM HERBERT KICKL**  
im Gespräch mit Franz Hartlieb und Reinhold Maier

**11 DIENSTZUTEILUNGEN BEI DER JUSTIZWACHE**  
von Roman Söllner

**12 PENSIONSCLAU BEI POLIZISTEN**  
AUFgedeckt von Robert Neuwirth

**14 COVERSTORY**  
FGÖ und FEG feierten ihr 20jähriges Gründungsjubiläum



**16 MITGLIEDERVERSAMMLUNG DER FGÖ**  
Franz Hartlieb als neuer FGÖ-Präsident bestätigt

**18 KARIKATUR**  
„Polzeischiff“ AUF Kurs von Michi Hendrich



**21 KALIBERBESCHRÄNKUNG BEI POLIZEI ENTFÄLLT**  
Von Robert Neuwirth

**22 MOBBING AM ARBEITSPLATZ**  
Interview mit Rechtsanwältin Mag. Dr. Astrid Wagner

**24 GRUNDLAGEN DES PISTOLENSCHIESSENS**  
Buchveröffentlichung von Herbert Pucher

**26 ORF DIFFAMIERT POLIZEI**  
War umstrittener Polizeieinsatz notwendige Amtshandlung oder Rassismus?



**29 SCHLUSS MIT MONTESSORI-POLIZEI**  
regt Robert Neuwirth an

**30 EIN LEBEN ALS POLIZEIHUND**  
Roland Mad erzählt uns die Geschichte über „Kira vom Saggautal“

**33 MASTERSTUDIUM**  
Zwei Personalvertreter der AUF-FEG schließen Studium ab

**34 BLAULICHT-PARTY IN WIEN**  
Ein Bericht des Organisationsleiters Albert Schmiedt

## Impressum:

### EIGENTÜMER, VERLEGER und HERAUSGEBER:

FREIE EXEKUTIV GEWERKSCHAFT (FEG) und AKTIONSGEMEINSCHAFT UNABHÄNGIGER UND FREIHEITLICHER (AUF), beide Florianigasse 16/8, 1080 Wien

MEDIENINHABER: AUF Polizei, 1080 Wien, Florianigasse 16/8 (vertreten durch den Vorstand), Internet: [www.auf.at](http://www.auf.at), [www.fgö.at](http://www.fgö.at), E-Mail: [auf-feg@gmx.at](mailto:auf-feg@gmx.at)

### REDAKTION:

Franz Hartlieb (0676-4471960), Reinhold Maier (0664-2171614)

### AUTOREN (in alphabetischer Reihenfolge):

HARTLIEB Franz, HERBERT Werner, MAD Roland, MAIER Reinhold, NEUWIRTH Robert, SCHMIEDT Albert, SÖLLNER Roman

Die Zeitschrift „Blau.licht“ ist ein Fachmagazin und dient der Information der Exekutivbeamten in Österreich. Namentlich gezeichnete Beiträge und Kommentare geben die Meinung des Autors wieder und müssen sich nicht mit der Redaktionsmeinung decken. DVR-Nummer: 0557617

## Geschätzte Kolleginnen und Kollegen!

Die letzte Nationalratswahl im Herbst 2017 sowie die anschließenden Regierungsverhandlungen brachten einen schon längst notwendigen Wechsel an der Spitze des BMI mit sich. Am 18.12.2017 wurde die Leitung des BMI in einem Festakt von Wolfgang SOBOTKA (ÖVP) offiziell an unseren neuen Innenminister **Herbert KICKL** (FPÖ) übergeben.

Erstmals sind wir nunmehr in der Lage, in Zusammenarbeit mit der FPÖ und dem BMI unsere oftmals erfolglos gebliebenen Forderungen einer positiven Umsetzung etwas näher zu kommen. Mit BM **Herbert KICKL** haben wir hierfür einen Garanten für innovatives, effizientes und vor allem rasches Handeln im Sinne der Polizei an unserer Seite.

Bereits bei den **Regierungsverhandlungen** war die AUF/FEG mit einigen Vertretern wie NAbg. Werner Herbert, Albert Schmiedt, NAbg. Günther Kumpitsch, Reinhold Maier und Franz Hartlieb eingebunden und war es daher auch möglich, einige unserer Ideen und langjährigen Forderungen entsprechend einzubringen sowie an den richtigen Stellen zu deponieren.

Auf Seiten der ÖVP war im Gegensatz kein einziger Vertreter der Personalvertretung FCG zu den Arbeitsgruppen eingeladen – auch das spiegelt unsere gute Zusammenarbeit seitens der AUF/FEG mit der FPÖ sehr deutlich wieder.

Eben diese Forderungen bilden grundlegende Eckpfeiler für unsere tägliche Polizeiarbeit und werden deshalb aus unserer Sicht auch vorrangig zu behandeln sein.

Weitere bereits laufende Projekte wie EGFA Neu, Mobile Polizeikommunikation und Leitprojekte wie „Gemeinsam Sicher“ machen erst Sinn, wenn das entsprechende Fundament dafür geschaffen wurde.



**Reinhold MAIER**  
Bundesvorsitzender  
der AUF - Sektion Polizei

Das Fundament für einen funktionierenden Polizeiapparat bilden unumstritten funktionierende Basisdienststellen mit genügend Personal.

In weiterer Folge müssen jedoch auch die gesetzlichen Rahmenbedingungen, u.a. die „**Schaffung des Berufes Polizist**“ oder die „**Einführung eines eigenen Dienst- und Besoldungsrechtes mit einer eigenen gesetzlichen Regelung als Abschnitt im BDG – Stichwort EDB(G)**“ geschaffen werden, welche erstmalig nach langjährigen Forderungen der AUF/FEG auch in das 182 Seiten starke Regierungsprogramm aufgenommen wurden.

Dies ist ein wirklicher Meilenstein im Hinblick auf die längst fällige Umsetzung sowie Anerkennung unserer immer schwieriger werdenden Tätigkeiten.

## Ballistisches Gilet

Bemerkenswert zügig konnte nunmehr auch das von der AUF/FEG seit 2010 geforderte Projekt - die Zuweisung von **ballistischen Gilets** für jeden Außendienstkollegen - umgesetzt werden.

Bereits Anfang 2017 war die Erprobungsphase abgeschlossen und der Ankauf angeblich budgetiert, die Umsetzung lies jedoch unverständlicherweise auf sich warten.

Für uns war es jedoch ein Gebot der Stunde die Umsetzung voranzutreiben und somit eine weitere Verzögerung des Projekts zu verhindern, da sich in den letzten Jahren die Angriffe mit Stichwaffen (überwiegend Messer) auf Polizisten extrem gehäuft haben.

Der Dienstgeber war in seine Verantwortung zu nehmen für die Sicherheit der Bediensteten Sorge zu tragen.

**Dies hat die AUF/FEG auch in zahlreichen Gesprächen mit dem neuen Kabinett thematisiert und auf die Wichtigkeit dieses Projektes hingewiesen.**

So konnte gemeinsam eine rasche Umsetzung der Auslieferung erreicht werden - 2018 werden bereits 8.000 Stück maßangefertigte Gilets geliefert, 2019 und 2020 erfolgen weitere Lieferungen zu je 8.000 Stück.

Sowohl aufgrund des Tragekomforts, der hohen Schutzwirkung und der Leichtigkeit wird das ballistische Gilet als Über- oder Unterziehweste zu einem unverzichtbaren Ausrüstungsgegenstand werden.



## Personaloffensive

Ein wesentliches Fundament der Polizeiarbeit stellt ein **ausreichender Personalstand auf den Basisdienststellen** dar. Die mehr als verfehlte Personalpolitik der letzten Jahre war ausschlaggebend, dass das Polizeisystem nur mehr mit einer Vielzahl an Überstunden aufrecht erhalten werden konnte.

Eine stetig ansteigende Zahl an **Karenzierungen, Herabsetzungen der WDZ sowie Zuteilungen** stellten immer größere Herausforderungen für die Personalsituation der Regeldienststellen dar. Die Folge der anhaltenden Mehrbelastung waren chronische Erkrankungen und Langzeitkrankstände unter den Kollegen.

Offenbar **gelassen** sah die alte Bundesregierung samt ÖVP geführtem BMI auch den prognostizierten starken Pensionierungsjahrgängen entgegen. Langjährig miteinbezogen wurden lediglich die Pensionsabgänge bei der Berechnung der Neuaufnahmen. Die Herabsetzungen, Karenzierungen und Zuteilungen wurden leider nicht berücksichtigt.



Wir haben diese Problematik jedoch rechtzeitig erkannt und auch in zahlreichen Anträgen über unsere FPÖ-Nationalräte im Parlament, weiters im ZA sowie in zahlreichen Pressekonferenzen aufgezeigt.

Es stellte sich jedoch zu lange kein Erfolg ein, unsere „Mitbewerber“ ließen uns bei diesem Thema leider unverständlicher Weise im Stich.

Erst mit BM Herbert Kickl wird diesem Missstand seitens des BMI endlich mit Nachdruck und Nachhaltigkeit entgegengewirkt. So wurden die Aufnahmeverfahren in kürzester Zeit bundesweit evaluiert und Recruiting Days abgehalten, um mit der viel zu spät gestarteten Aufnahmeoffensive der **vergangenen, fehlerhaft geführten Personalpolitik** Herr zu werden.

Ebenfalls werden dem BMI auf Nachdruck der AUF/FEG und FPÖ **2100 Planstellen** zugeführt und erstmalig auch **2000 Ausbildungsplanstellen** zugewiesen, sodass den Pensionsabgängen schon im Vorhinein entgegengewirkt werden kann.

Es wird jedoch einige Jahre brauchen, um die verfehlte Personalpolitik der Vorgänger kompensieren zu können, damit auch an den Basisdienststellen eine wirkliche Entlastung spürbar sein wird. Wir sind mit den bereits gesetzten Maßnahmen aber am besten Weg, diesen Missstand der „alten Verantwortungsträger“ zum Wohle und Sicherheit der Kollegenschaft zukünftig beheben zu können.

## Mehr Rechte und Absicherung für Exekutivorgane!

BM Kickl setzt ein klares Zeichen für die Stärkung der Exekutive! Das neue Waffengesetz beinhaltet die Ausdehnung des Anspruchs auf einen Waffenpass für Justizwachebeamten und die Militärpolizei.

Für Berufsgruppen wie Polizei, Justizwache und Militärpolizei und die berufliche Nähe zu Personen mit erhöhtem Gewaltpotential wurde ebenfalls die unverständliche **9 mm Kaliberbeschränkung** als sachlich nicht zu rechtfertigend gestrichen. Somit konnte die völlig verfehlte Sicherheitspolitik der alten Bundesregierung in einem weiteren kleinen Bereich zum Schutz unserer Kollegenschaft berichtigt werden.



Weiters haben wir bei unserem Vizekanzler und Minister für öffentlichen Dienst und Sport **HC Strache** in Bezug auf die in den letzten Jahren ständig steigende Aggression gegenüber Exekutivorganen Gehör gefunden.

Kollegen, welche sich in Ausübung ihres Dienstes verletzen, müssen auch finanziell unterstützt und abgesichert werden. Aus diesem Grund wurde das Wachebedienstetenhilfleistungsgesetz (WHG) in das Gehaltsgesetz (GehG) implementiert, von einer „Kann“ in eine „Muss“ Bestimmung abgeändert sowie die Beträge angehoben. So wurde mit einer klaren Regelung zur finanziellen Unterstützung bei Körperverletzungen und Unfällen im Dienst reagiert und auch eine langjährige Forderung der AUF/FEG umgesetzt.



Bild: FF Atzenbrugg

## Berittene Polizei

14 Einsatzpferde und 22 PolizeireiterInnen haben mit September 2018 die Ausbildung im Polizei Reitzentrum in Wiener Neustadt begonnen.

Man kann diesem Projekt durchaus kritisch gegenüber stehen, Faktum ist jedoch, dass nahezu jede europäische Metropole sowie fast jedes europäische Mitgliedsland eine berittene Polizei führt.

Erfahrungswerte zeigen, dass der Einsatz einer Pferdestaffel sicherheitstechnisch sehr sinnvoll ist und sie in sehr vielen Situationen im Polizeialltag durch kein anderes polizeiliches Einsatzmittel ersetzt werden kann.

Auch die Anschaffungskosten sind mit € 380.000,- weit unter den medial verbreiteten Kosten.

Auch die laufenden Kosten können durch die mit dem Bundesheer eingegangene Kooperation und somit getroffenen Auswahl des Polizei-Reitzentrums am Gelände der Theresianischen Militärakademie in Wiener Neustadt relativ gering gehalten werden.



Anzumerken ist auch, dass es für die Einführung der Reiterstaffel eine Förderung seitens der Europäischen Union vom ISF – Fond (Innere Sicherheit Fond) idHv € 180.000,- geben wird.

Wie aus Berichten der bayrischen Reiterstaffel (Anmerkung: Reiterstaffel in Bayern wird derzeit auf 200 Pferde ausgebaut) bekannt, werden Polizeireiter bei der Suche nach Vermissten im unwegsamen Gelände eingesetzt, aber auch im innerstädtischen Bereich, wenn nach flüchtigen Tätern gefahndet wird, sowie bei Großereignissen wie Fußballmatches.

Der Ausblick über die Zäune in die Gärten der Vorstadtsiedlungen hinein wirke durchaus präventiv. Sprich, wo Reiter kontrollieren, seien die Einbruchszahlen zurückgegangen, zeigen die Erfahrungsberichte der deutschen Kollegen.

Die österreichische Reiterstaffel soll ihren Einsatzprobetrieb mit Wirksamkeit vom 01.06.2019 vorrangig in Wien und Niederösterreich aufnehmen.

Die Reiterstaffel wird auch in Österreich zukünftig die Kollegenschaft in zahlreichen Einsatzgebieten unterstützend zur Seite stehen. Somit kann die Sicherheit der eingesetzten Kollegen, aber auch das subjektive Sicherheitsgefühl der Bevölkerung erhöht werden.

Die Reiterstaffel wird daher ein wichtiger zukünftiger Bestandteil unserer Polizei werden.

## **Geschätzte Kolleginnen und Kollegen!**

Die AUF/FEG wird auch im Jahr 2019 für Verbesserungen innerhalb der Polizei eintreten und versuchen, für euch die bestmöglichen Rahmenbedingungen zu schaffen.

Neulich kam mir wieder ein von uns bei der PV-Wahl 2014 getätigter Ausspruch unter, welcher gelaute hat: **„Wir können den Wind nicht ändern, jedoch die Segel anders setzen.“**

Unser Bundesminister Herbert Kickl hat die Segel bereits anders gesetzt, er hat die Sicherheit der Bevölkerung und die Anliegen und Bedürfnisse unserer Polizistinnen und Polizisten in den Vordergrund gestellt.

**Wir haben endlich einen Innenminister, der sich mit uns identifiziert und der auf Worte auch Taten folgen lässt!**

Für die Personalvertreter der AUF/FEG ist es oberste Priorität, eurem in uns gesetztes Vertrauen sowie dem immer größer werdenden Zuspruch gerecht zu werden, daran arbeiten wir Tag für Tag! Für Anregungen eurerseits sind wir deshalb immer dankbar.

### **Ihr für uns – wir für euch !**

Abschließend möchte ich mich AUFrichtig für euer tägliches Engagement im Zuge eurer dienstlichen Tätigkeiten bei euch bedanken und wünsche Euch und Euren Familien FROHE WEIHNACHTEN sowie ein gesundes und erfolgreiches Jahr 2019.

euer Reinhold Maier  
Bundessektionsvorsitzender AUF Polizei

## **Neue Sektion V im BM.I**

Im Zuge eines Gespräches mit Vertretern des BM.I wurden den Mitgliedern des Zentralausschusses Erstinformationen zur neuen Sektion V (Fremdenwesen) übermittelt.

Demnach ist der Entwurf für die benötigten Planstellen bereits dem BMÖDS zur Genehmigung vorgelegt worden.

Die Ausschreibung des Sektionsleiters und der drei Gruppenleiter soll bereits Mitte November und für weitere Planstellen ab Dezem-

ber erfolgen.

Die Gesamtumsetzung der mit 320 Mitarbeitern besetzten Sektion soll im 1. Quartal 2019 abgeschlossen sein.

Derzeit steht noch nicht fest, wo die Sektion räumlich untergebracht werden soll.



# HidENDESIGN

PHOTO GRAPHIC WEB

**FotoDesign** Produktfotos für Ihren Onlineshop  
Bildmontagen, Freisteller, Fotobücher usw.  
**GraphicDesign** Flyer, Folder, Kataloge, Logos,  
Visitenkarten, Broschüren, Roll Up, Werbetafeln  
**WebDesign** Websites, Onlineshops, Blogs,  
Social Media Marketing, Suchmaschinenoptimierung

**-20% AKTION\***



[www.hidendesign.at](http://www.hidendesign.at) | [info@hidendesign.at](mailto:info@hidendesign.at) | Tel.: +43 660 2285102

\*Wir gewähren allen Mitgliedern der Exekutive und Verwaltung einen Rabatt von 20% auf alle Dienstleistungen aus unserem Angebot

**DEIN  
ARMY SHOP**



**LEHMANN**

0664-1306372 | [info@ha-lehmann.at](mailto:info@ha-lehmann.at)

**WWW.HA-LEHMANN.AT**

**6971 HARD  
VORARLBERG**

**-15%  
RABATT**

**FÜR FEG-MITGLIEDER**

**UND**

**-10%  
RABATT**

**FÜR POLIZISTEN**



Gültig in unserem Ladengeschäft in Hard gegen Vorlage des Dienstausweises und im Online-Shop [www.ha-lehmann.at](http://www.ha-lehmann.at) mit dem Rabattcode: Polizei44354  
Der Rabattcode für FEG-Mitglieder ist bei Ihrer Gewerkschaft unter [feg@feg.at](mailto:feg@feg.at) erhältlich. Ausgenommen sind bereits reduzierte Waren und Gutscheine

# Unter uns gesagt ...

Als mit Jahresbeginn die neue Bundesregierung ihre Arbeit aufnahm, konnten sich wohl die Wenigsten vorstellen, welche weitreichenden Auswirkungen das für unsere Polizei tatsächlichen haben wird.

Nunmehr – knapp 10 Monate später – zeigt sich, dass mit Innenminister Herbert Kickl nicht nur ein frischer Wind in das Innenministerium eingekehrt ist, sondern sich auch inhaltlich sehr vieles äußerst positiv verändert hat.

Beginnend von 4.100 neuen Planstellen (davon 2.000 Ausbildungsplanstellen, die es davor nicht gegeben hat), über die Anschaffung einer neuen und verbesserten Ausrüstung für unsere Polizistinnen und Polizisten (ballistische Schutzwesten, neue Langwaffen, zusätzliche Taser), bis hin zu einer Rekrutierungs- und Ausbildungs-offensive (zielorientierte Rekrutierung neuer Polizeischüler, Schaffung von zusätzlichen Ausbildungsstandorten) sowie neuer struktureller und organisatorischer Maßnahmen (Berittene Polizei, Grenzschutzereinheit „Puma“, Schaffung einer neuen Sektion V für Fremdenangelegenheiten im BM.I) zeigt sich, was in kürzester Zeit für unsere Polizei alles möglich ist, wenn man nur will und auch den richtigen Veränderungswillen hat.

Bei all diesen Neuerungen war die AUF federführend mit dabei und ein anerkannter und kompetenter Berater des Bundesministers und seiner Mitarbeiter.

Und auch im Umgang mit den Kolleginnen und Kollegen sowie seiner Wertschätzung gegenüber den Polizeibediensteten ist der neue



**NAbg. Werner HERBERT**  
Bundesvorsitzender der AUF

Innenminister einzigartig und kein Vergleich gegenüber seinen Vorgängern.

Aber auch im (Beamten-) Ministerium von Vizekanzler Heinz-Christian Strache sind die positiven Veränderungen deutlich wahrnehmbar.

So wurde das ehemalige Wachbediensteten-Hilfeleistungsgesetz evaluiert und mit wesentlichen Verbesserungen für alle

Öffentlich Bediensteten in das Gehaltsgesetz implementiert.

Mit dem Verhandlungsbeginn zu den neuen exekutivdienstrechtlichen Bestimmungen sitzt die AUF – nach ihrer aktiven Teilnahme im Verhandlungsteam für die neue Bundesregierung – nunmehr wieder in einem wichtigen Gremium, dass die dienst-, gehalts- und pensionsrechtlichen Bestimmungen für unsere Polizeibediensteten neu gestalten und im positiven Sinn nachhaltig verändern wird.

Und natürlich war die AUF gemeinsam mit der FGÖ auch bei den laufenden Gehaltsverhandlungen mit dem Vizekanzler unmittelbar dabei und maßgeblich am hervorragenden Lohnabschluss für den öffentlichen Dienst beteiligt.

Man sieht, die AUF hat sich wesentlich weiter entwickelt und ist nicht nur ein wichtiger Faktor in der Personalvertretung sondern nunmehr auch kompetenter und zuverlässiger Partner dieser Bundesregierung.

NAbg. Werner Herbert





Das Interview:

## BM Herbert Kickl im Gespräch

Innenminister Herbert Kickl sprach mit dem AUF-Bundesvorsitzenden Reinhold MAIER und dem FEG-Bundesvorsitzenden Franz HARTLIEB vor allem über die Personalsituation

**Herr Innenminister, Sie haben angekündigt das Personal bei der Polizei aufzustocken. Von wie vielen zusätzlichen Planstellen sprechen wir hier konkret?**

Das ist richtig, wir werden das Personal bei der Polizei in den nächsten Jahren aufstocken. Damit reagieren wir auf die sich ständig wandelnden Herausforderungen des Polizeialltags in den Bereichen Kriminalität, Migration und Digitalisierung. Aber natürlich müssen auch die Kolleginnen und Kollegen, die in nächster Zeit ihren wohlverdienten Ruhestand antreten, ersetzt werden.

Wir sprechen hier konkret von 4.100 neuen Beamten, die die österreichische Polizei in den nächsten Jahren verstärken werden. Davon sind 2.100 effektiv zusätzliche Planstellen.

**Wie wollen Sie junge Menschen für den Polizeiberuf begeistern?**

Wir haben Ende April 2018 mit einer Rekrutierungskampagne gestartet. Und wenn man sich die Zahlen anschaut, dann können wir hier von einem Erfolgsmodell sprechen: Heuer haben sich bisher mehr als 6.300 Bewerberinnen und Bewerber gemeldet, während es im gesamten Jahr 2017 rund 5.800 gewesen sind.

**Welche Maßnahmen werden im Zuge dieser Rekrutierungskampagne gesetzt?**

Bewährt hat sich vor allem das aktive Zugehen auf die Menschen und das Beschreiten von neuen Wegen: Die Polizei geht dorthin, wo potenzielle Bewerberinnen und Bewerber sind. Das sind in erster Linie junge, sportliche, sozi-

al engagierte Menschen, die bereit sind, über ihre Grenzen zu gehen und gerne mit Menschen arbeiten. Heuer waren es mehr als 50 Sport- und Großveranstaltungen, bei denen die Polizei auf Interessierte zugegangen ist und das direkte Gespräch gesucht hat.

Kooperationen mit Mercedes-Benz und KTM, die kostenlos Marketing-Fahrzeuge als „Eyecatcher“ zur Verfügung gestellt haben bzw. stellen, haben den Werbeeffekt für die Polizei deutlich verstärkt und für entsprechende Aufmerksamkeit gesorgt.

Oft kommt man über genau diese „Eyecatcher“ mit der Zielgruppe ins Gespräch und kann ihr dann die Vorteile der Polizei als Arbeitgeber erläutern. An den Zahlen merken wir nun, dass sich unsere Maßnahmen in der Polizeirekru-

tionierung auszahlen. In einem weiteren Schritt geht es darum, aus dieser Anzahl an Bewerberinnen und Bewerbern die Besten der Besten für den Polizeiberuf auszuwählen.

**Was sagen Sie zu dem Vorwurf, dass das Niveau der Bewerber sinkt?**

Dieser Vorwurf ist komplett aus der Luft gegriffen, denn die Mindestpunktzahl für eine erfolgreiche Absolvierung des Polizeiauswahlverfahrens liegt, wie gehabt, bei 139,5 Punkten. Das heißt, es hat kein Absenken der Anforderungen gegeben. Wobei es mir wichtig ist zu erwähnen, dass aufgenommene Bewerberinnen und Bewerber mit einer Punktzahl, die nahe der Mindestgrenze liegt, eher als seltene Ausnahmen zu bezeichnen sind. Das zeigt uns die durchschnittliche Punktzahl von Polizisten, die im ersten Halbjahr 2018 aufgenommen wurden. Die Punktzahl liegt hier je nach Bundesland zwischen 606,2 in Oberösterreich und 933,6 in Kärnten. Welche exakte Gesamtpunktzahl über der Mindestgrenze für eine Aufnahme in die Polizeiausbildung genügt, entscheidet letztendlich das Verhältnis zwischen der Anzahl der Bewerberinnen und Bewerber und den freien Ausbildungsplätzen in den jeweiligen Bundesländern.

**Herr Innenminister, was sagen Sie zur derzeitigen Kriminalitätslage in Österreich?**

Wir haben in Österreich eine der niedrigsten Kriminalitätsraten in Europa, das zeigt der Sicherheitsbericht aus dem vergangenen Jahr. Insgesamt konnte 2017 die Kriminalität in Zahlen weiter gesenkt werden. Die Anzahl der Anzeigen ist 2017 um 5,1 Prozent gesunken. Ebenso ging die Zahl

der Einbrüche, Raubdelikte und Kfz-Diebstähle zurück. Das haben wir unseren Polizistinnen und Polizisten zu verdanken, die 365 Tage im Jahr, 24 Stunden täglich mit vollem Engagement und Know-how im Einsatz sind.

Damit sie auch weiterhin beste Arbeit für die Sicherheit unseres Landes und für die Menschen, die hier leben, leisten können, müssen wir den Einsatzkräften die bestmögliche Ausrüstung und Infrastruktur zu Verfügung stellen, das sehe ich als meine Aufgabe als Innenminister.

Bei all den positiven Entwicklungen muss ich aber auch betonen, dass die Auswirkungen der großen Migrationswelle im Jahr 2015, die 2016 zu einem Anstieg der Kriminalität durch fremde Tatverdächtige und zu einer Verschlechterung des subjektiven Sicherheitsempfindens geführt haben, uns immer noch sehr stark beschäftigen. Die Entwicklungen in den vergangenen Jahren zeigen, dass Asylmissbrauch und illegale Migration stärker unterbunden werden müssen. Daher wurde dem Schutz der Grenzen in diesem Jahr durch die Gründung der Einheit PUMA verstärkt Rechnung getragen.

**Herr Innenminister, Sie haben die Ausrüstung unserer Polizistinnen und Polizisten angesprochen. Sie haben angekündigt, dass der Exekutive bis Anfang 2020 24.000 ballistische Gilets mit Stichschutz zur Verfügung stehen werden. Was zeichnet die neuen ballistischen Gilets aus?**

Die Gilets werden allen Exekutivbediensteten persönlich angemessen und zugewiesen und können sowohl als Überzieh- als auch als Unterziehschutzweste getragen werden. Die neuen ballistischen

Gilets bieten nicht nur Schutz vor Schusswaffen, sondern bieten auch den notwendigen Stichschutz.

**Warum wurde dieser Schwerpunkt in der Ausrüstung jetzt gesetzt?**

Diese Maßnahme ist vor allem jetzt notwendig, da sich in den vergangenen Jahren die Angriffe auf Polizistinnen und Polizisten mit Stichwaffen, insbesondere Messern, leider stark gehäuft haben. Unsere Polizei riskiert tagtäglich ihr Leben, damit wir weiterhin in einem der sichersten Länder der Welt leben können.

Mir ist es aber in diesem Zusammenhang ein Herzensanliegen, dass die Polizistinnen und Polizisten ihren oft mit Gefahren verbundenen Dienst mit der besten Ausrüstung leisten können und nach dem Dienst wieder gesund nach Hause zu ihren Lieben kommen.

**Welche Schwerpunkte werden bei der Auslieferung gesetzt?**

Die Schwerpunkte werden unter Berücksichtigung der Gefährdungslagen gesetzt. Im Jahr 2018 werden insgesamt 8000 Stück ausgeliefert. 4000 bekommt vorrangig die LPD Wien, da in Wien der Einsatz von Stichwaffen österreichweit gesehen am häufigsten vorkommt.

Die restlichen 4000 Stück werden auf die Bundesländer aufgeteilt. Die ersten 1.181 Gilets wurden am 24. September 2018 offiziell an die LPD Wien übergeben. 2019 werden dann weitere 8000 Stück geliefert und die restlichen 8000 Stück sind dann für Anfang 2020 eingeplant.

**Herr Innenminister, wir bedanken uns recht herzlich für das Gespräch!**

## KOMMENTAR von BULLI



**Bei Planstellenbesetzungen und Versetzungen sehe ich noch immer „schwarz“!**

Zu viel ist in den letzten Jahrzehnten an **Ungerechtigkeiten** bei den Planstellenbesetzungen und Versetzungen, vor allem bei den bundesländerübergreifenden, passiert.

Kolleginnen und Kollegen waren gezwungen, sich mit Unterschrift an eine Fraktion zu binden, Mitgliedsbeiträge oftmals für Jahre nachzuzahlen und bei den PV-Wahlen wurde mit erhobenen Finger darauf hingewiesen, dass Hilfe nur dann gewährt würde, wenn das Wahlergebnis „passe“. Dienstalter, Erfahrung und gute

Mitarbeiterführung wurden oft außer Acht gelassen, um zum Beispiel einen vielfach jüngeren Kollegen zu bevorzugen, der als **wichtigste Qualifikation die Fraktionszugehörigkeit** vorweisen konnte.

Diese Machenschaften wurden aufgrund der jahrzehntelangen Ausübung für die handelnden Personen schon so selbstverständlich, dass man diese Vorgangsweise ganz normal fand und offen mit den Kolleginnen und Kollegen darüber diskutierte.

Mit der Übernahme des BM.I durch einen freiheitlichen Minister konnten diese Manipulationen zumindest auf höchster Ebene abgestellt werden.

Nachdem aber alte fraktionelle „Seilschaften“, nicht nur im BM.I, sondern auch in den Bundesländern naturgemäß weiter beste-

hen, gehen mancherorts die Intrigen unverblümt weiter.

Vorgeschlagene Kandidaten werden zu Unrecht mit System in ein schlechtes Licht gerückt, beleidigt, von Zwischenvorgesetzten aufgefordert, ihre Bewerbung zurückzuziehen und unterlegene Mitbewerber beschränken die Zusammenarbeit auf das geringstmögliche Ausmaß.

Und das nicht aus objektiven, sondern rein aus fraktionellen Gründen.

Trotz dieser kleinen „Störfeuer“ sind nach meiner Ansicht das BM.I und die Personalvertreter der AUF/FEG mit ihren Vorgehensweisen auf dem richtigen Weg, zumal aus der Kollegenschaft dazu viele positive Signale kommen, meint

*euer BULLI*

### Tablet und Notebook-Tasche für Tablet-PCs mit 10“ sowie iPad Pro 9.7 und iPad Air 2

Marke **COAL**

Material: echtes Leder und reine Wolle (Filz)

Farben: schwarz- hellgrau, braun- hellgrau

Haupttasche mit zwei Druckknöpfen verschließbar

2 Fronttaschen für Zubehör

Modernes, ansprechendes Design

**wasserdicht, rutschfest, antibakteriell**

erhältlich bei [office@copstore.at](mailto:office@copstore.at) (Versandkosten: € 4,-)



**Sonderpreis  
für die Polizei**

**€ 19,90**



Nach dem hartnäckigen Einsatz der FPÖ und deren **blauen Vorfeldorganisationen** für eine Neuregelung des Waffenpasses ist dieser nun endlich auf Schiene:

waffe führen zu dürfen.

Selbst bei antragstellenden PolizistenInnen waren sich die ausstellenden Behörden nicht immer einig.

Gemeinsam mit der FPÖ und dem

## Neuregelung Waffenpass für die Justizwache

Exekutivbedienstete der **Justizwache** erfüllen die Voraussetzungen, um auch im privaten Leben eine Schuss-

Regierungspartner wurde dies nun neu festgelegt und es sollte zukünftig **keine Auffassungsunterschiede mehr geben.**

Allein „die Blauen“ haben die Erweiterung - wie sie nun stattfindet - durchgehend gefordert und letztendlich auch in Umsetzung gebracht, auch wenn sich andere politische Mitbewerber diesen Erfolg nun an ihre Fahnen heften wollen!

*Euer Roman*

# Dienstzuteilungen

Kürzlich erging von der Dienstbehörde - im Auftrag der Bundesminister - neuerlich die Mitteilung an alle Dienststellen, dass KollegInnen für die JA Garsten über die Dauer von bis zu 6 Monaten gesucht“ werden.

### Sehr geehrte „Oberbehörde“:

Wenn Sie in die Justizanstalten hineinhören, so wird KEINE Justizanstalt über zu viel EXEKUTIVpersonal klagen, ist doch die letzte

personelle Belastungsmaßnahme **noch nicht lange her** (Abschiebung/Rücküberstellung von Insassen in ihr Heimatland ohne zusätzliche JWB).

Wir, die AUF/FEG Personalvertretung, sehen ein **Totalversagen im Personalmanagement!**

Hätten jemals Regierungsverantwortliche von ÖVP und SPÖ auf die Warnhinweise der AUF/FEG gehört, dann wären wir jetzt nicht in einer so prekären Personalsituation.

Viele von uns kennen die mediale Rechtfertigung des Ministeriums, als sich der ehemalige BM als Ziel die Besetzung von **nur 97,5 %** der Exekutivplanstellen setzte und nicht die von der freiheitlichen Personalvertretung geforderten 100% plus ein Karenzpool.



**Roman Söllner**  
Vorsitzender-StV  
Zentralausschuss Justizwache

Wir werden uns weiter für sinnvolle Entlastungsmaßnahmen einsetzen, verspricht

*Euer Roman*





# PENSIONSKLAU bei POLIZISTEN!

Anfangen von Verschlechterungen bei der Berechnungsgrundlage bis hin zur großen Pensionsharmonisierung, die langfristig das Ende der Beamtenpension besiegelte, wurden von 1995 bis 2005 zahlreiche pensionsrechtliche Änderungen im Namen der "Gerechtigkeit" eingeführt.

Dabei wurde aber übersehen, dass es neben einer höheren Beitragsleistung und dem Fehlen eines Abfertigungsanspruchs gewisse Nachteile im Beamtenrecht gibt, die in Verbindung mit diesen Veränderungen, vor allem beim klassischen "Streifenpolizisten" genau das Gegenteil bewirken.

**Pensionsharmonisierung führt zu ungerechtfertigter Benachteiligung von Exekutivbediensteten im Außendienst!**

## Der Fall H.!

Ein - zugegeben - extremes Beispiel für die völlig unverhältnismäßige Benachteiligung und einem regelrechten "PENSIONSKLAU" bietet der Fall des Kollegen H. seines Zeichens Gruppeninspektor aus Wien, der heuer pensioniert wurde.

GrInsp H. erhält nach einer Dienstzeit von über 42 Jahren immerhin eine Pension von exakt € 2.748,44 - brutto - und könnte so gesehen eigentlich halbwegs zufrieden sein.

Sieht man sich seinen 21-seitigen Pensionsbescheid jedoch genauer an, stößt man auf extreme Ungeheimheiten, die in sachlicher Hinsicht jeder Rechtfertigung entbehren.

## 1. Beamtenpension niedriger als Pension nach ASVG-Recht!

GrInsp H. hat während seiner Dienstzeit stets höhere Pensionsbeiträge bezahlt, die bis zu 2,3% über denen eines ASVG-Versicherten gelegen sind.

Trotzdem liegt sein Anspruch aus dem Allgemeinen Pensionsgesetz mit € 2.960,58 deutlich über dem Anspruch nach dem Pensionsgesetz für Beamte, der nur 2.760,65 beträgt.

**Wäre GrInsp H. ASVG-Pensionist oder Vertragsbediensteter, hätte er heute bei einer deutlich geringeren Beitragsleistung eine um € 200,- höhere Pension!**

## 2. Trotz deutlicher Einkommensverluste im Ruhestand keine Abfertigung!

GrInsp H. bezog in den letzten Jahren vor seiner Pensionierung ein regelmäßiges Nettoeinkommen von deutlich mehr als € 3.000,--. Dieses Einkommen **verringert** sich nunmehr um **über ein Drittel**. Wie der VWGH für die sogenannten Antragsbeamten klargestellt hat, ist auch bei Beamten ein **Abfertigungsanspruch** als gegeben anzunehmen, wenn sie etwa so wie Vertragsbedienstete pensionsrechtlichen Bestimmungen unterworfen sind, die ihre Pensionsansprüche deutlich schmälern.

Seine Verluste auf Grund der für ihn geltenden Bestimmungen sind sogar noch höher als jene für VB (siehe Punkt 1) und er erhält dennoch **keine Abfertigung**.

**Trotz enormer Einkommensverluste in der Pension verwehrt ihm der Gesetzgeber eine grundsätzlich gebührende und steuerbegünstigte Abfertigung in der Höhe von €€ 36.393,60!**



**Robert Neuwirth**  
Besoldungsreferent der  
Freien Exekutiv Gewerkschaft

## 3. Zahlreiche Nebengebührenwerte werden per Gesetz annulliert!

Als "braver Hackler" hat GrInsp H. Nebengebührenwerte im Ausmaß von **48.574** Punkten angesammelt.

Trotz Verschlechterung beim Divisor (ab dem Jahr 2000) und zwischenzeitlich eingeführter Abschläge würde ihm dafür entsprechend seiner Beiträge eine Zulage zur Pension in der Höhe von € 2.104,54 gebühren.

Der Gesetzgeber deckelt diese Anspruch jedoch einfach mit 20% seines Bezugs, ohne einen Ausgleich für die geleisteten Beiträge zu gewähren.

**GrInsp H. erhält letztlich nur eine Nebengebührenezulage von € 534,38 und hat somit jedenfalls € 110.000.- (indexangepasst) an Beitragsleistungen völlig umsonst erbracht!**

Auf weitere kleine Nachteile seines Privilegs "Beamter zu sein", wie etwa der Tatsache, dass er lebenslang dem Disziplinarrecht unterworfen bleibt oder der Sonderstrafe einen Pensionsbeitragsbeitrag bezahlen zu dürfen, sei noch am Rande hingewiesen.

Für uns ist diese eklatante Ungerechtigkeit, die dem angeführten Kollegen und zahlreichen anderen PolizistInnen widerfährt, tatsächlich ein echter PENSIONSKLAU, den wir mit allen Mitteln bekämpfen werden.

**Die AUF/FEG nimmt diesen Fall zum Anlass, um hier auf allen Ebenen um Gerechtigkeit zu kämpfen!**

Wir werden daher im Fall des Kollegen H. mit Rechtsschutz der Freien Exekutiv Gewerkschaft (FEG) Beschwerde gegen den Pensionsbescheid einlegen, um augenscheinlich gegebene Verfassungswidrigkeiten aufzuzeigen.

Zusätzlich werden wir diesen Fall in den kommenden Gesprächen mit den Vertretern des BMÖDS als Musterbeispiel für dringend notwendige Verbesserungen in Form von Sonderbestimmungen für Exekutivbeamte im Dienstrecht heranziehen.

*Euer Robert*





## feierten ihr 20jähriges Gründungsjubiläum!

Am 13.09.18 fand in der Maria Theresien-Kaserne in Wien der Festakt „20 Jahre FREIE GEWERKSCHAFT ÖSTERREICHS“ und „20 Jahre FREIE EXEKUTIV GEWERKSCHAFT“ statt.

Im Vorfeld der Veranstaltung wurde die ordentliche Mitgliederversammlung der FGÖ durchgeführt.

FGÖ-Präsident Franz HÄRTLIEB konnte zum Festakt mehr als 300 Ehrengäste und Mitglieder begrüßen.

Auch zwei besondere FEG-Mitglieder ließen es sich nicht nehmen, die Veranstaltung zu besuchen: AUF-Bundesvorsitzender Nabg. Werner HERBERT und Kabinettsreferent Albert SCHMIEDT, beide Gründungsmitglieder der FGÖ.



Die Gründungsveranstaltung der FGÖ fand vor 20 Jahren, genau am 1. Mai 1998 in Tulln statt. Ein be-

sonderer und historischer Tag, damals nicht für den traditionellen 1. Mai-Veranstalter SPÖ, sondern für eine **unabhängige und vor allem einheitliche Gewerkschaftsbewegung**.

Damals war es für die Proponenten ein sehr schwieriges, ja fast unmögliches Unterfangen, eine unabhängige Gewerkschaft zu gründen, der Widerstand war groß.

Es dürfte und darf auch heute mancherorts kein Platz sein für eine Dritte, einen Dritten, im traditionell unter **ROT** und **SCHWARZ** aufgeteilten Österreich.

Bereits einige Monate nach Gründung der FGÖ erfolgte im selben Jahr die Geburtsstunde der **Freien Exekutiv Gewerkschaft FEG** in Altlengbach.

Nach und nach erfolgten die Gründungen der weiteren **Fachgewerkschaften**:

BHG Bundesheergewerkschaft  
Freie Pensionisten Gewerkschaft  
FGF Freie Gewerkschaft der Finanz  
FGL Freie Gewerkschaft der Lehrer  
Auf **euphorische** Zeiten erfolgten auch Zeiten des Stillstandes und der Rückschläge, die auch oder



wesentlich der jeweiligen politischen Lage geschuldet waren.

Heute stellen wir uns die Gründung einer unabhängigen Gewerkschaft insofern leichter vor, weil es eine **zunehmende Frustration und Unzufriedenheit mit der Vertretung durch die etablierten Gewerkschaften gibt, die ja allesamt Teil des ÖGB sind.**

Insbesondere seit der Regierungsbeteiligung der FPÖ scheint vieles von heute auf morgen leichter, manches aber trotzdem noch unmöglich durchsetzbar zu sein.

Der ÖGB, der jahrzehntelange **Moloch der Interessensvertretung**, die gnadenlose, alles verschlingende Macht, wehrt noch immer die Bemühungen der FGÖ ab, in allen Bereichen Fuß zu fassen.

Aber dank der **Hartnäckigkeit unserer Funktionäre in den Fachgewerkschaften** haben in den letzten Jahren spürbare Veränderungen in vielen Bereichen stattgefunden.

Lässt es uns bitte wie im Vorspann der Serie Raumschiff Enterprise erklären:



*„Österreich, unerträgliche Machtverhältnisse. Wir schreiben das Jahr 2018. Dies sind die Bemühungen der FGÖ, die mit ihren Fachgewerkschaften 20 Jahre lang unterwegs ist, um neue Bereiche zu erforschen, neue Ungerechtigkeiten aufzudecken und verkrustete Strukturen aufzubrechen. Nicht mehr viele Jahre von den Zielen entfernt, dringt die FGÖ in Bereiche vor, die nie ein unabhängiger Interessensvertreter je zuvor gesehen hat.“*

**Wie sieht es mit der Mitgliederentwicklung aus?**

Diese kann man der Reihe nach wie folgt beschreiben:

**Anfangs hoch motiviert, jahrelang leicht und dann stärker ansteigend, plötzlich begeistert und heuer rekordbrechend.**

Insgesamt betrachtet können wir mit Stolz behaupten, dass die FGÖ dank der hervorragenden Arbeit der Fachgewerkschaften von Jahr zu Jahr erfolgreicher wird.

**Und die Zukunft – wie geht es weiter?**

Wir wollen die Kollektivvertragsfähigkeit und damit bei den Gehaltsverhandlungen mit am Tisch sitzen.



Abschließend möchte sich der Vorstand bei allen Mitgliedern für das entgegengebrachte Vertrauen und bei den Vertretern der Fachgewerkschaften für das großartige Miteinander sowie für die geleistete Arbeit im Sinne unserer Interessensvertretung recht herzlich bedanken.



Im Vorfeld der Jubiläumsveranstaltung fand die ordentliche Mitgliederversammlung der **FREIEN GEWERKSCHAFT ÖSTERREICHS** statt.

Der Verwaltungsaufwand kann nahezu bei NULL gehalten werden, weil **sämtliche Funktionäre der Fachgewerkschaften ehrenamtlich tätig sind.**“



Der bisherige Vorstand konnte eine **äußerst erfolgreiche Bilanz** in der abgelaufenen Funktionsperiode vorweisen. Die Mitgliederanzahl konnte in 4 Jahren **vervielfacht** werden und der Zuwachs hält ungebrochen an.

Das Erfolgsrezept wird von Präsident Franz Hartlieb wie folgt beschrieben:

„Die Fachgewerkschaften der FGÖ bieten ein ehrliches, gewerkschaftliches Vertretungspaket ohne Hintertür oder kleingedruckte Stolpersteine an, bei dem die Mitgliedsbeiträge zu 100 % den Mitgliedern und nicht irgendwelchen Funktionären zu Gute kommen.“

Diese Erfolgsgeschichte spiegelte sich auch bei der Neuwahl des Vorstandes wider:

**Franz Hartlieb** wurde mit 93,8% zum neuen (alten) Präsidenten der FGÖ gewählt. Die weiteren Vorstandsmitglieder erhielten das hervorragende Votum von 100%.

Der neue Bundesvorstand der FGÖ setzt sich nach der Neuwahl wie folgt zusammen:

**Bundsvorsitzender:**  
Franz HARTLIEB, Polizei

**1. Vorsitzender-StV:**  
Manfred HAIDINGER, Bundesheer

**2. Vorsitzender-StV:**  
Albert SCHMIEDT, Polizei dzt. BM.I

**Finanzreferent:**  
Reinhold MAIER, Polizei

**Sekretär:**  
Franz FLANDORFER, Parlament

**Mitglied:**  
Werner HAMMER, Bundesheer

**Mitglied:**  
Roman SÖLLNER, Justizwache



Der Vorsitzende bedanke sich bei allen Delegierten für den neuerlichen Vertrauensbeweis und schloss mit einem Zitat von Johann Wolfgang von Goethe:

*„Es ist nicht genug zu wissen - man muss auch anwenden.  
Es ist nicht genug zu wollen - man muss auch tun.“*





Vlnr.: Roman SÖLLNER, Albert SCHMIEDT, Franz FLANDORFER, Reinhold MAIER, Franz HARTLIEB, Manfred HAIDINGER, Werner HAMMER

**+++ FEG-WERBEAKTION +++ FEG-WERBEAKTION +++ FEG-WERBEAKTION +++ FEG**

Die nächsten 100 neuen Mitglieder erhalten als Willkommensgeschenk ein Etui für  
Zulassungsschein, Führerschein, Kreditkarte und diverse andere Karten

Und natürlich die Mitgliedskarte mit den Vorteilen der Etoxx-Shopping Card.



Max Mustermann  
313000001234567  
Beitritt: 05.10.2013 - Nr. 123456





**BM Herbert KICKL bemüht sich mit tatkräftiger Unterstützung der AUF-FEG das Polizeischiff wieder**



„AUF Kurs“ in ein sicheres Fahrwasser zu bringen

AB 16.5 KILOGRAMM

# CARBON E-BIKES

DIE LEICHTESTEN E-BIKES IHRER KLASSE

WALLIS

## E-BIKES RENNRÄDER MOUNTAINBIKES

Hier erwarten dich über 300 Modelle  
mit Premium Service.

**SCOTT** **KTM**



**BIKEDISCOUNT**  
PREMIUM EDITION

Entdecken Sie alle top Angebote  
in unserem Shop [www.bikediscount.at](http://www.bikediscount.at)

# Kaliberbeschränkung für Polizei entfällt!

Nachdem Polizisten mehrfach behördlicherseits die Ausstellung eines Waffenpasses verweigert worden war, wurde vor zwei Jahren eine gesetzliche Regelung im Waffengesetz geschaffen, welche den Anspruch auf einen Waffenpass für Polizeibedienstete sicherstellte.

Leider äußerten aber sowohl der ÖGB als auch die SPÖ (als damalige Kanzlerpartei) Bedenken dagegen und hatten sie die Befürchtung, es könnten in der Folge "haufenweise Polizei-Pistoleros mit großkalibrigen Waffen herumlaufen".

In der Folge wurde über deren Betreiben zugleich eine unsinnige Kaliberbeschränkung im Gesetz festgeschrieben.

**Muss sich die Bevölkerung jetzt fürchten, dass bald haufenweise "Polizeipistoleros" herumlaufen?**

Der Kurier berichtete am 26.09.2016 (auszugsweise):  
...die FPÖ und deren Gewerkschaft AUF signalisieren Zustimmung (Anm.: Recht auf Waffenpass) und



**Robert Neuwirth**  
Besoldungsreferent der  
Freien Exekutiv Gewerkschaft

verweisen darauf, dass dies schon lange von ihnen gefordert werde. Die SPÖ will allerdings in den kommenden Tagen die eine oder andere Einschränkung in den von der ÖVP vorgeschlagenen Gesetzesentwurf reklamieren. Das Problem sei vor allem, dass sich Polizisten mit ihrer privaten Waffe im Anlassfall in den Dienst stellen könnten...

Die SPÖ möchte nicht, dass haufenweise Pistoleros mit großkalibrigen Waffen herumlaufen und dann als Polizeibeamte aktiv werden...

Die SPÖ möchte jedenfalls eine Kaliber-Obergröße in das Gesetz hineinverhandeln, wird dem KURIER bestätigt. Angedacht sind neun Millimeter – das ist das Kaliber der Dienstwaffen.

Die jetzige Regierung teilt diese Befürchtung nun nicht mehr und ist so wie wir der Meinung, dass diese Kaliberbeschränkung nicht nur unnötig sondern auch sachlich ungerechtfertigt ist.

Daher wurde jetzt auf Initiative von Innenminister Herbert Kickl eine Novelle zum Waffengesetz in Begutachtung geschickt, wonach diese Kaliberbeschränkung mit 01.01.2019 gestrichen wird.

Wir bedanken uns im Namen aller Polizistinnen und Polizisten für dieses Zeichen von Wertschätzung und Vertrauen und sind überzeugt, dass diese Maßnahme zu keiner Verunsicherung in der österreichischen Bevölkerung (ausgenommen einiger SPÖ-Funktionäre) führen wird!

Nachstehend eine Gegenüberstellung der derzeit noch geltenden und der zukünftig in Kraft stehenden Bestimmung des § 22 Waffengesetz.

Euer Robert

## Geltende Fassung

anzunehmen, wenn

1. ...
2. es sich um ein Organ des öffentlichen Sicherheitsdienstes handelt (§ 5 Abs. 2 SPG). Diesfalls ist der Waffenpass dahingehend zu beschränken, dass nur Waffen mit Kaliber 9 mm oder darunter geführt werden dürfen.

## Vorgeschlagene Fassung

anzunehmen, wenn

1. ...
2. es sich um ein Organ des öffentlichen Sicherheitsdienstes handelt (§ 5 Abs. 2 SPG) oder
3. es sich um einen Angehörigen der Militärpolizei handelt oder
4. es sich um einen Angehörigen der Justizwache handelt.



RA Mag. Dr. Astrid WAGNER

## INTERVIEW MIT RECHTSANWÄLTIN DR. ASTRID WAGNER ZUM THEMA „MOBBING“!

**Frau Doktor Wagner, können Sie uns etwas zum Thema „Mobbing am Arbeitsplatz“ erzählen?**

Ich bin seit fast zwanzig Jahren als selbständige Rechtsanwältin tätig und habe den Eindruck gewonnen, dass die Fälle von Mobbing am Arbeitsplatz sich in den letzten Jahren häufen, sowohl in der Privatwirtschaft als auch im öffentlichen Dienst.

**Auch bei der Polizei?**

Ja, leider. Ich habe bereits mehrfach Polizeibeamte in Zusammenhang mit Mobbing-Verfahren rechtsfreundlich vertreten. In diesen Fällen sind die Ansprüche im Rahmen der Amtshaftung gegen die Republik Österreich zu richten.

**Was versteht man überhaupt unter „Mobbing“?**

Als Mobbing werden Umstände bezeichnet, die die physische und psy-

chische Integrität einer anderen Person verletzen, so zum Beispiel die Privatsphäre oder den persönlichen Lebensbereich.

Am Arbeitsplatz geht es um die Herabsetzung oder Ausgrenzung eines Mitarbeiters. Mobbing liegt auf jeden Fall vor, wenn jemand beschimpft, beleidigt oder lächerlich gemacht wird.

Das kann auch auf subtile Weise geschehen. Ziel des Mobbers ist es, die menschliche Würde des Gemobbten zu verletzen, diesen auszugrenzen und zu diskriminieren.



Typische Fälle sind etwa die Verbreitung von Gerüchten, oder das Zuteilen sinnloser Arbeiten, wenn dies über einen längeren Zeitraum erfolgt.

**Aber der Vorgesetzte darf doch Anweisungen geben?**

Natürlich, ein Vorgesetzter darf auch Kritik an der Arbeit üben, er muss das sogar, wenn es notwendig ist.

Nicht jede empfundene Kränkung am Arbeitsplatz ist daher Mobbing. Weisungen, Verwarnungen, Suspendierungen sind manchmal eben notwendig.

Auch Leistungsdruck stellt kein Mobbing dar, wenn die Arbeit, die zu verrichten ist, bei lebensnaher Betrachtung nicht unmöglich ist.

In der Praxis kann sich aber die Abgrenzung zum Mobbing mitunter schwierig gestalten: Wann handelt es sich um berechnete Kritik, wann wird jemand gezielt heruntergemacht?

## Welche Möglichkeiten gibt es für jemanden, der von Mobbing betroffen ist?

Da gibt es doch einige. Da gibt es den Weg zur Gleichbehandlungskommission, wenn man aufgrund seines Geschlechts diskriminiert wird.

Im Bereich des Beamtendienstrechtsgesetzes ist das Mobbing in § 43a BDG („Mobbingverbot“) explizit geregelt. Dort wird Mobbing als Verletzung des „achtungsvollen Umgangs“ beschrieben.

Bei Mobbing kann auch der Gerichtsweg beschritten werden. Der Arbeitgeber – bei Beamten ist das eben die Republik Österreich – hat Fürsorgepflichten gegenüber seinen Dienstnehmern. Mobbing-Opfer können daher die Unterlassung des Arbeitgebers, seinen Fürsorgepflichten nachzukommen, einklagen. Ergeht ein Gerichtsurteil, dann ist dieses letztlich auch exekutierbar, etwa durch Verhängung von Beugestrafen.

## Stichwort Gerichtsweg: Steht einem Mobbing-Opfer Schadenersatz zu?

Ja. Das Mobbing verursacht bei den Betroffenen nämlich häufig psychische Beschwerden wie Schlafstörungen, Grübelzwang, Angstgefühle. Manchmal entwickelt sich sogar eine krankheitswertige posttraumatische Belastungsstörung oder ein Burn-Out. Beschwerden, die sich dann auch psychosomatisch bemerkbar machen und psychotherapeutisch behandelt

werden müssen. In diesen Fällen stehen dem Betroffenen Schmerzensgeldansprüche gegenüber dem Dienstgeber zu, wenn er seinen Fürsorgepflichten nicht oder nicht ausreichend nachgekommen ist.

## Waren Sie damit schon bei Gericht erfolgreich?

Durchaus. Kürzlich wurde zB meinem Mandanten, einem Polizeibeamten im Innendienst, von der Republik ein Entschädigungsbetrag von 8.000,- Euro bezahlt. Nachdem ich die Klage eingebracht hatte, hatte die Behörde ein Einsehen und war zu einem gerichtlichen Vergleich bereit. Mein Mandant durfte wieder in seine frühere Abteilung zurück, und es geht ihm heute wieder sehr gut.

## Was empfehlen Sie den Betroffenen, bevor er zu Gericht geht?

Zunächst ist es für die Beweissicherung wichtig, die Vorfälle schriftlich zu dokumentieren, durch Aktenvermerke oder Gedächtnisprotokolle. Auch allfällige Zeugen sollten notiert werden. Wobei das mit Zeugen bei Mobbing am Arbeitsplatz in der Praxis leider oft schwierig ist, da ein Abhängigkeitsverhältnis zum Vorgesetzten besteht.

Entscheidend ist, dass der Betroffene bei seinen Vorgesetzten um Abhilfe ersucht. Wenn dann nichts unternommen wird, liegt ein Verstoß gegen Fürsorgepflichten vor. Dann kann

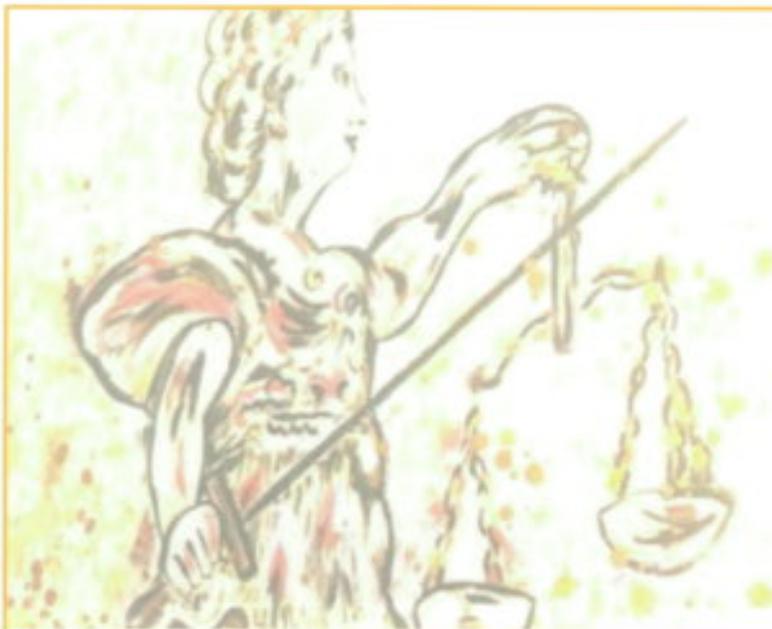
man Ansprüche gegen den Dienstgeber – bei Beamten gegen die Republik – geltend machen.

## Ist es auch Ihr Eindruck, dass das sogenannte „Cybermobbing“ immer mehr zunimmt?

Ja, auf jeden Fall. Deshalb hat der Gesetzgeber dafür sogar einen eigenen Straftatbestand (§ 107c StGB) geschaffen. In der Praxis erweist sich die Verfolgung aber als recht schwierig. Ich habe die Erfahrung gemacht, dass die Staatsanwaltschaften damit oft überfordert sind, einerseits wegen der Vielzahl von Tathandlungen. Oft fehlen aber ganz einfach die technischen Möglichkeiten. Dazu kommt, dass der Verfasser der Hassmails oft nicht auszuforschen ist, da er sich hinter einem Pseudonym versteckt. Die Anonymität des Internet hat die Hemmschwelle für das „Hass im Netz“ natürlich ungemein herabgesetzt. Wir werden in Zukunft wahrscheinlich immer häufiger mit solchen Tätern zu tun haben.

## Frau Doktor Wagner, ich danke für das Gespräch!

*Dr. Astrid Wagner ist Rechtsanwältin und Strafverteidigerin in Wien. Die Schwerpunkte ihrer Kanzlei sind: Strafrecht, Familienrecht, Fremdenrecht, Pensionsrecht. Außerdem hat Dr. Astrid Wagner mehrfach Polizeibeamte in Mobbingverfahren sowie Disziplinarverfahren rechtsfreundlich vertreten. Näheres siehe Homepage [www.anwalt-wagner.at](http://www.anwalt-wagner.at)*



## RECHTSANWÄLTIN MAG.DR. ASTRID WAGNER

Himmelfortgasse 10  
1010 Wien | Österreich  
Tel.: +43/1/513 2676  
Fax: +43/1/512 3814

[www.anwalt-wagner.at](http://www.anwalt-wagner.at)  
[office@anwalt-wagner.at](mailto:office@anwalt-wagner.at)

## Der Autor

Herbert Pucher, Jahrgang 1966, wechselte im Jahre 1990, nach 5-jähriger Militärdienstzeit, zur damaligen Österreichischen Bundesgendarmerie. Dort absolvierte er zunächst die Ausbildung zum Schießinstruktor und später zum Einsatztrainer der Polizei mit Schwerpunkt Schießausbildung. Seit 1995 ist er bei der Exekutive als Trainer tätig.

Seine gemachten Erfahrungen und Recherchen, sowie unzählige Gespräche mit anderen Schützen, waren für ihn die Grundlage und seine Motivation, dieses Buch zu verfassen.

Er beschäftigt sich in seiner Freizeit als geprüfter Aufsichtsjäger auch sehr intensiv mit der Natur, wobei für ihn wildökologische und forstwirtschaftliche Aspekte in unterschiedlichen Ökosystemen im Vordergrund stehen.

### Sein Motto:

Fundierte, durchdachte Trainingsmethoden, kombiniert mit praxisbezogenen Bewegungsabläufen, sowie eine positive Geisteshaltung, sind die Grundlagen für vernünftiges Schießen!

# Grundlagen des Pistolenschießens

## Durch Training zum Erfolg



Herbert PUCHER, erfahrener Einsatztrainer der Polizei, hat mit seinem Buch „Grundlagen des Pistolenschießens“ eine praxisorientierte Hilfe nicht nur für Einsteiger sondern auch für bereits versierte Pistolenschützen veröffentlicht. Ein **MUST HAVE** für alle Polizistinnen und Polizisten!

*Die Redaktion*

ISBN: 978-3-200-05544-5

Grundlagen des Pistolenschießens Durch Training zum Erfolg

HP

Herbert PUCHER



# Grundlagen des Pistolenschießens

Durch Training zum Erfolg

IHR **SPEZIALIST**  
IM **POOLBAU**



**SCHWIMMBECKEN  
ÜBERDACHUNGEN  
ZUBEHÖR**

0677 612 371 89

info@summer-pool.at

www.summer-pool.at

**ORF**  
**diffamiert**  
**POLIZEI**

In der Sendung "Thema" vom 22. Oktober holte der ORF - namentlich Moderator Christoph Feurstein - wieder einmal zum **Rundumschlag** gegen die **österreichische Polizei** aus.

Konkret stellte Herr Feurstein in seiner Intro zum Beitrag "*Umstrittener Polizeieinsatz - Notwendige Amtshandlung oder Rassismus*" die Behauptung auf, dass laut einer aktuellen Studie "**Schwarze**" in **Österreich häufiger kontrolliert werden, als in allen anderen EU-Ländern**. So erweckte er in der Öffentlichkeit bewusst den Eindruck, dass österreichische Polizistinnen und Polizisten in der gesamten EU praktisch die **größten Rassisten** seien.

**Geht es nach dem ORF, agiert die österreichische Polizei rassistischer als jede andere Polizei in Europa!**

Als Beleg für diese Behauptung wurde in weiterer Folge im Beitrag auf eine Studie verwiesen, wonach zwei Drittel aller Schwarzafrikaner schon **'Opfer'** einer **polizeilichen Anhaltung** gewesen sind, was der **größte Prozentsatz** in der gesamten EU sei.



## ORF 2 UMSTRITTENER POLIZEIEINSATZ

### NOTWENDIGE AMTSHANDLUNG ODER RASSISMUS?

Zu dieser Studie der EU-Agentur für Menschenrechte mit Sitz in Wien stellte die Agenturmitarbeiterin Frau Latcheva dann klar, dass von allen befragten Personen mit afrikanischer Herkunft 66% angaben, im Zeitraum von 5 Jahren bereits einmal von der Polizei **gestoppt** worden zu sein.

**Statistiken und Studien sind bekanntlich so seriös, wie ihre Auftraggeber dies wünschen!**

Ohne in weiterer Folge etwa die Auswahl der Befragten zu erläutern oder auf den Grund der Anhaltung (allenfalls wären hier begangene Gesetzesübertretungen nicht uninteressant) einzugehen, liegt für den ORF somit klar der Beleg für "Racial Profiling" (Anm.: Tätersuche wegen Rassenzugehörigkeit) vor.

Für die AUF/FEG ist das ganz klar **nicht der Fall**, sondern stellt eine derart vorverurteilende und sachlich nicht wirklich fundierte Berichterstattung vielmehr eine regelrechte **Polizeihetze** (Tätersuche wegen Polizeizugehörigkeit) dar!

Wir haben daher Kontakt mit dem BM.I aufgenommen, um abklären zu lassen, inwieweit diese Studie überhaupt als **seriös** zu werten ist und auf welchen Fakten diese Studie im Detail basiert.



Es wird vor allem klarzustellen sein, inwieweit die von Frau Latcheva lapidar als "Stops" bezeichneten Anhaltungen etwa im Zuge von polizeilichen Grenzkontrollen erfolgt sind.

Dies ist deshalb von Bedeutung, da Österreich durch Flüchtlingsströme aus dem afrikanischen Raum in den letzten 5 Jahren bekanntlich deutlich mehr betroffen war als andere EU-Länder.

**Ist es "Racial Profiling", wenn an der Grenze zu Österreich vermehrt Ausländer kontrolliert werden?**

Denn es steht wohl für jedermann - außer offenbar Herrn Feurstein - einwandfrei fest, dass die Notwendigkeit von polizeilichen Grenzkontrollen nicht gleichbedeutend mit einer rassistisch agierenden Polizei ist.

Euer Team der AUF/FEG



# Erkennungsmarke bzw. Schlüsselanhänger



Marke: schwarz  
Farblogo  
(als Schlüsselanhänger  
nur bedingt geeignet)

Marke: blau  
Laserlogo

Marke: gold  
Laserlogo

Marke: silber  
Laserlogo

Marke: schwarz  
Laserlogo



- ◆ Material: Edelstahl
- ◆ auch als Schlüsselanhänger verwendbar (Kugelhänge kürzbar)
- ◆ Mit Logo „Polizeipatch“
- ◆ ca. 50 x 30 x 1,5 mm inkl. 70 cm Kugelhänge
- ◆ einmaliger Sonderverkauf nur an PolizistInnen und Bedienstete des BMI
- ◆ [Bestellungen an office@copstore.at](mailto:office@copstore.at) (Versandkosten: € 2,50)

Aktionspreis:

€ 7,--

## Schlüsselanhänger / Taschenmesser mit Karabiner und dezentem weißen Laserlogo „Polizei“



Material: Aluminium, rot oder blau  
Gewicht: 24 g

Größe geöffnet: ca. 118 x 20 x 9 mm

Größe geschlossen: ca. 70 x 23 x 9 mm (L x B x T)

dezentes weißes Laserlogo „Polizei“

Einmaliger, limitierter Sonderverkauf an PolizistInnen  
und Bedienstete des BMI

[Erhältlich unter office@copstore.at](mailto:office@copstore.at) (Porto: € 2,5)

kein Porto bei Sammelbestellungen ab 5 Stück

Aktionspreis direkt vom  
Hersteller:

€ 5,--

# SCHLUSS mit "Montessori-Polizei"

Seit über drei Jahrzehnten befindet sich die Exekutive sozusagen in einem Rückzugsgefecht.

Was unter einem Innenminister Blecha z.B. als eine harmlos anmutende „Kummernummer“ eingeführt wurde, hat sich mittlerweile zu einer regelrechten „Beschwerdehysterie“ ausgeweitet.

Egal wer sich beschwert und ob er dies namentlich oder anonym macht, jedem noch so unglaublichen Vorwurf wird nachgegangen und selten **aber doch** bleibt dann dank entsprechender Regelungen und Vorschriften auch tatsächlich etwas *hängen*.

Im selben Zeitraum wurde durch Gesetzgebung und Judikative geradezu eine Situation der „Rechtsunsicherheit“ für die handelnden Polizistinnen und Polizisten geschaffen, wo etwa mittels Begriffen wie „Verhältnismäßigkeit“ und „Deeskalation“ jede polizeiliche Zwangsmaßnahme per se in Frage gestellt wird.

Somit ist heute zwangsläufig ein Hauptthema der polizeilichen Grundausbildung, die angehende Kollegenschaft darauf vorzubereiten, wie sie möglichst *unbeschadet* aus einer Amtshandlung herauskommen.

Welche Vorwürfe könnten folgen, was kann eine Maßnahmenbeschwerde nach sich ziehen, wo könnte der Vorwurf eines Amtsmissbrauchs im Raum stehen und ähnliche Fragestellungen beschäftigen unsere zukünftigen KollegInnen schon mehr als die eigentliche Polizeiarbeit, für die sie prinzipiell auszubilden sind.

Fragwürdiger Output dieser Entwicklung ist, dass man die Beliebtheits-



**Robert Neuwirth**  
Besoldungsreferent der  
Freien Exekutiv Gewerkschaft

werte der Polizei heben konnte, aber gleichzeitig immer mehr verletzte Polizisten, die eben nicht unbeschadet aus einer Amtshandlung herauskommen, zu beklagen hat.

Man hat schon fast den Eindruck, dass uns frei nach der **Philosophie von Montessori**, der achtsame und respektvolle Umgang mit potenziellen Straftätern wichtiger ist, als deren Überführung und Festsetzung im Sinne eines funktionierenden Rechtsstaats.



Diese Philosophie mag ja eine gewisse Zeit auf dem Rücken der Polizeibediensteten mehr oder weniger funktioniert haben. Nämlich solange wie unser Gegenüber einigermaßen bereit war, die gesteckten Rahmenbedingungen zu akzeptieren und ein Mindestmaß an Respekt vor der Polizei aufzubringen.

Ein gesellschaftlicher und leider auch kultureller Wandel führen diese **Montessori-Philosophie** in der Polizei nun jedoch mehr und mehr ad absurdum.

Diverse Handyvideos polizeilicher Amtshandlungen, welche die stauende Öffentlichkeit in den sozialen Medien belustigt, belegen die herrschende Verunsicherung in der Exekutive. Recht und Gesetz werden oft nicht mehr **exekutiert**. Stattdessen ist das polizeiliche Einschreiten augenscheinlich eher davon bestimmt, das polizeiliche Einschreiten sozusagen auf ein erzieherisches Beratungsgespräch zu reduzieren.

Die Montessori-Pädagogik betrachtet eine gut vorbereitete Umgebung als Voraussetzung für ihren Erfolg. Die gesellschaftspolitische Realität, wo Respektlosigkeit und Gewaltbereitschaft immer stärker zum Alltag gehören, ist jedoch alles andere als eine gut vorbereitete Umgebung, wo die Polizei nur durch gutes Zureden und eine Normverdeutlichung ihrer Aufgabe gerecht werden kann.

Tatsache ist auch, dass es nicht Aufgabe der Polizei ist, bei ihrer Klientel möglichst beliebt zu sein. **Es ist vielmehr ihre Aufgabe für Recht und Ordnung zu sorgen und dies notfalls auch mit Gewalt sicherzustellen.**

Das meint jedenfalls

*euer Robert*

# „KIRA vom Saggautal“

## Ein Leben als Polizeihund

Im Jahr 2005 war es wieder einmal so weit. Mein aktueller Polizeidiensthund „IDOL le Bosseur“ stand zur Ausscheidung heran, ein Nachfolger musste gesucht und gefunden werden.

Im Zuge der vorangegangenen Kurse hatte ich einige Hunde aus der Zucht unseres Polizeidiensthundeführerkollegen **Wolfgang MERSNIK** der DHI Graz kennen gelernt und mich entschlossen bei ihm meinen nächsten Welpen zu bestellen.

Am 07.07.2005 war es dann so weit: ein Wurf aus der Paarung „KELLY“, Hollandse-Herder-Hündin (holl. Ring I) und „FLAM“, Belgischer Malinois (Zugriffshund der Cobra), lag bereit. Nachdem bei diesem Wurf alle männlichen Welpen tragischer Weise nicht überlebten, entschied ich mich mit großer Skepsis für meine erste Hündin als angehenden Polizeidiensthund, was sich später als wahrer Glücksgriff entpuppen sollte.

Anfang September 2005, im zarten Alter von 8 Wochen, wurde dann „KIRA vom Saggautal“, eine graugefleckte Hündin in den Dienstbetrieb sowie in unseren Familienverband übernommen, und ihr Leben als Polizeidiensthund hatte begonnen.

Schon einige Tage später absolvierte „KIRA“ ihre ersten Gewöhnungsübun-



gen im SVM-Stadion in Mattersburg und in den weiteren 2 Jahren alle Ausbildungskurse im Bundesausbildungszentrum Bad Kreuzen mit Bravour.

„KIRA“ war und ist eine ausgeglichene, wesensstarke Hündin, leicht führung, mit sehr großer Arbeitsbereitschaft. Nach Ablegung der Abschlussprüfung folgten dann viele erfolgreiche Jahre mit schönen Erfolgen als Schutz-, Stöber- und Fährtenhund im Burgenland.

So wie alles zu Ende geht, so ging mit Ende März 2018 nach mehr als 10 Einsatzjahren auch die Aktivzeit meines wohl letzten Polizeidiensthundes zu Ende.

Die Entsendung in die verdiente „Hundepension“ erfolgte im Rahmen eines kleinen

Festaktes in der LPD Burgenland durch den **Bundesminister für Inneres Herbert KICKL**, der zum Abschied auch noch einen Sack Hundefutter überreichte. **Danke Herr Bundesminister für diese nette Geste.**

„KIRA“ lebt nun dem Alter entsprechend fit und zufrieden bei uns zuhause im Familienverband und kann ihr nun ruhiger gewordenen Hundeleben hoffentlich noch einige Zeit genießen.

Ich persönlich habe diesen Umstand gleichzeitig zum Anlass genommen, um meine Tätigkeit in der Sonderverwendung als Polizeidiensthundeführer zu beenden.

Seit Jänner dieses Jahres bekleide ich ein Mandat als Vertreter der AUF-FEG im FA-Burgenland und werde mich in dieser Funktion neuen Herausforderungen stellen.

*euer Roland MAD*  
Fachausschuss  
Auf-FEG Burgenland





Vlnr.: Roland MAD, „KIRA“, BM für Inneres Herbert KICKL, Kabinettsreferent Albert SCHMIEDT, AUF-Landesvorsitzender Johann STREIMELWEGER, LH Hans NIESSL

## Ab sofort bei den Personalvertretern der AUF / FEG erhältlich: Taschenkalender und Miniplaner, Jahresplaner, Tischkalender



2019

	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember	Jänner 20
1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1
2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2
3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3
4	4	4	4	4	4	4	4	4	4	4	4	4
5	5	5	5	5	5	5	5	5	5	5	5	5
6	6	6	6	6	6	6	6	6	6	6	6	6
7	7	7	7	7	7	7	7	7	7	7	7	7
8	8	8	8	8	8	8	8	8	8	8	8	8
9	9	9	9	9	9	9	9	9	9	9	9	9
10	10	10	10	10	10	10	10	10	10	10	10	10
11	11	11	11	11	11	11	11	11	11	11	11	11
12	12	12	12	12	12	12	12	12	12	12	12	12
13	13	13	13	13	13	13	13	13	13	13	13	13
14	14	14	14	14	14	14	14	14	14	14	14	14
15	15	15	15	15	15	15	15	15	15	15	15	15
16	16	16	16	16	16	16	16	16	16	16	16	16
17	17	17	17	17	17	17	17	17	17	17	17	17
18	18	18	18	18	18	18	18	18	18	18	18	18
19	19	19	19	19	19	19	19	19	19	19	19	19
20	20	20	20	20	20	20	20	20	20	20	20	20
21	21	21	21	21	21	21	21	21	21	21	21	21
22	22	22	22	22	22	22	22	22	22	22	22	22
23	23	23	23	23	23	23	23	23	23	23	23	23
24	24	24	24	24	24	24	24	24	24	24	24	24
25	25	25	25	25	25	25	25	25	25	25	25	25
26	26	26	26	26	26	26	26	26	26	26	26	26
27	27	27	27	27	27	27	27	27	27	27	27	27
28	28	28	28	28	28	28	28	28	28	28	28	28
29	29	29	29	29	29	29	29	29	29	29	29	29
30	30	30	30	30	30	30	30	30	30	30	30	30
31	31	31	31	31	31	31	31	31	31	31	31	31



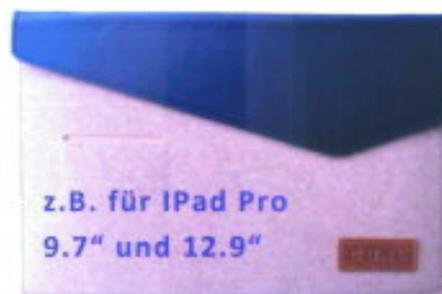




# Tablet- und Notebooktasche



für alle Tablet-PCs  
mit 10" und 13"



z.B. für iPad Pro  
9.7" und 12.9"

**10 Zoll**  
**€ 24,90**

Marke COAL  
echter Kork

**13 Zoll**  
**€ 24,90**

portugiesische Eiche  
in braun oder schwarz  
Belastung maximal 15 Kg  
Fronttasche für diverse Karten  
nicht sichtbarer Verschluss mit 4 starken Magneten  
wasserdicht, feuchtigkeitsbeständig, antistatisch, kein Abplättern  
edles Design, handgemacht, perfekte Verarbeitung, beste Qualität  
erhältlich bei [office@copstore.at](mailto:office@copstore.at) (Versandkosten: € 4,--)

NEU

## Sport- und Gymnastiktasche



Aktionspreis:  
statt ~~€ 9,90~~

Marke COAL  
Material: Polyester, waschbar  
in rot, blau oder schwarz  
ca. 44 x 34 cm  
zwei weiße Doppelschnüre (Kordelzug)  
zusätzliche Reißverschluss tasche  
Bestellungen an: [office@copstore.at](mailto:office@copstore.at) (Versandkosten € 2,50)

**€ 6,90**

# Bachelor- und Master-Studiengänge abgeschlossen

88 Studierende schlossen am 30. August 2018 an der Fachhochschule Wiener Neustadt die Studiengänge "Strategisches Sicherheitsmanagement", "Polizeiliche Führung" und "Wirtschaftskriminalität & Cyber Crime" ab. Darunter zwei Personalvertreter der AUF-FEG: AI Kurt BERGER der PI Bad Mitterndorf und AI Reinhold JANK des LKA Kärnten!

"Dadurch, dass es bei der Polizei die Möglichkeit gibt, Ausbildungen für Führungskräfte ‚akademisch‘ abzuschließen, lernen die neuen Führungskräfte mit diesem wissenschaftlichen Zugang einen ganz anderen Blick auf ihre Arbeitswelt kennen", sagte Innenminister Herbert Kickl bei der Sponsionsfeier an der Fachhochschule Wiener Neustadt am 30. August 2018.

AI Kurt BERGER und AI Reinhold JANK absolvierten den Studienlehrgang "Wirtschaftskriminalität & Cyber Crime".

Dieser wird gemeinsam mit Partnern aus dem Finanzwesen, der Wirtschaft und Justiz bei der Bekämpfung dieser Erscheinungsform der Kriminalität durchgeführt. Durch die Vernetzung von Lehre und Praxis vermittelt er in



Foto: bmifoto.at - In der Mitte: AI Kurt BERGER, MSc

einem sich rasant verändernden Themenfeld Wissen auf dem aktuellsten Stand und bereitet optimal auf den späteren Einsatz vor.

Foto: bmifoto.at - In der Mitte: AI Reinhold JANK, MSc



Ganzheitliches Wissen auf den Themengebieten Recht, Wirtschaft, IT und Ermittlung sind ebenso Schwerpunkt wie die qualifizierte Mitwirkung an Großverfahren.

AI BERGER versieht seinen Dienst auf der PI Bad Mitterndorf und ist AUF-Vorsitzender des DA beim BPK Liezen.

AI JANK ist FBL-StV in der IT-Beweissicherung des LKA Kärnten und Vertrauensmann der AUF im dortigen Bereich.

Die AUF-FEG gratuliert den frisch graduierten "Master of Science in Business & Cyber Crime Control" recht herzlich und wünscht den beiden alles Gute für die Zukunft.

*Die Redaktion*

# Blaulichtparty wieder ein toller Erfolg!

## Knapp 900 Besucher trotz Regens!

Zum Bersten voll zeigte sich auch heuer die Safari Lodge, bei der Größten, von der AUF Polizei organisierten Veranstaltung in Wien.

Der anfängliche Regen konnte die knapp 900 Besucher nicht abhalten die Nacht bis in den frühen Morgen durchzufeiern.

Grillbuffet, Schokobrunnen und frisches Popcorn sorgte für Stärkung, das Krügerl Bier zu 1,70 Euro für zusätzliche Hochstimmung.

Bei der Eröffnungsrede fand der **Bundesminister für Inneres Herbert Kickl** lobende Worte für die Veranstaltung und die gesamte Organisationcrew und verabschiedete gleichzeitig den bisherigen „Chef“ der Crew, **Bertl Schmiedt**, in den „Partyruhestand“ – mit einem weinenden und einem lachenden Auge, wie der Herr Bundesminister anmerkte.

Das lachende Auge, weil Bertl Schmiedt das Team des Kabinetts verstärkte und er seine Mitarbeit sehr schätzte. Gleichzeitig wurden die neuen Organisatoren Norbert Swoboda und Michael Hornak „angelobt“.

Anschließend drehte Herbert Kickl noch einige Runden und stand den Gästen für Fotos und viele interessante Gespräche zur Verfügung.

Der **Vizekanzler Heinz Christian Strache** dachte auch im Ausland an die Blaulichtparty und richtete via SMS sein herzlichen Grüße aus.



**Albert Schmiedt**  
Organisator a.D.

Viele weitere Ehrengäste waren anwesend, darunter der FPÖ Klubobmann **Johann Gudenus**, der Wiener **Vizebürgermeister Dominik Nepp**, zahlreiche Nationalräte, darunter der Bundesvorsitzende der AUF **Werner Herbert** und zahlreiche Wiener Landtagsabgeordnete, darunter auch der WEGA Polizist **Gerhard Haslinger**.

Do. 30. Aug., 19:45

Bin leider im  
Ausland und kann  
daher leider heute  
nicht kommen. Bitte  
richte allen liebe  
Grüße aus! Lg Hc

Auch über den Besuch des Präsidenten der Freien Exekutivgewerkschaft, **Franz Hartlieb** und den Bundessektionsvorsitzenden der AUF Polizei, **Reinhold Maier** und der unzähligen AUF Personalvertreter freute sich das Veranstaltungsteam sehr. Zusammengefasst – **TOP Party** – mit **TOP Gästen** und **TOP Stimmung!** Nächstes Jahr gerne wieder!

### Bertl Schmiedt:

„Ein herzliches **DANKESCHÖN** an die vielen anderen Freunde aus Politik und AUF für ihren Besuch! Danke an alle, die mit ihrem Einsatz mitgeholfen haben, die Veranstaltung zu einem großartigen Erfolg zu machen! Danke an all unsere Gäste, die durch ihre tolle Stimmung dieses Fest erst zu dem machen, was es ist. Ich hoffe, es hat Euch allen gefallen und wir sehen uns nächstes Jahr wieder. War wieder einmal toll mit Euch allen zu feiern! Wir sehen uns nächstes Jahr, wenn ich als Gast diese Veranstaltung besuchen darf.“

☺ Ich freu mich auf Euch!



**Safari 2018**  
**Lauchlight Party**  
August 2018 - ab 19.00 Uhr in 22.,  
Raffaerlestrasse  
**Choko-**  
**innen FAS**  
**REIBER**  
**BRUNNEN**



POLIZEI

**FPO** FREIHEITLICHER  
PARLAMENTSklub

# Ihr sorgt für Sicherheit!

Danke für eure engagierte Arbeit  
im Dienste Österreichs.



**Dr. Walter Rosenkranz**  
Klubobmann

**Mag. Johann Gudenus**  
Gf. Klubobmann